

*Hohoff, Ute*: An den Grenzen des Rechtsbeugungstatbestandes. Eine Studie zu den Strafverfahren gegen DDR-Juristen. Berlin: [Berlin Verlag](#), Baden-Baden: Nomos 2001. 255 Seiten, kartoniert, € 33,-, ISBN 3-8305-0124-2 (Berliner Juristische Universitätschriften, Strafrecht, Bd. 9).

Die Arbeit befaßt sich mit den Strafverfahren gegen DDR-Juristen nach der Wiedervereinigung. Sie richtet sich an Juristen ebenso wie an zeitgeschichtlich interessierte Leser.

Die Strafverfahren werden zum einen empirisch ausgewertet: Es erfolgt eine Darstellung des Umfangs und der Ergebnisse der Strafverfolgung wegen Rechtsbeugung; zudem werden die Gegenstände der Anklagen sowie die Feststellungen der bundesdeutschen Gerichte zum Justizsystem der DDR inhaltlich präsentiert. Zum anderen wird eine rechtliche Frage aufgeworfen, die bereits im Zusammenhang mit der Beurteilung der NS-Rechtsprechung diskutiert wurde: die Frage nach der Gerichtsqualität. Angesichts der Einbindung der DDR-Justiz in das politische System der DDR liegt die Überlegung nahe, ob die DDR-Gerichte überhaupt "richtige" Rechtsprechung ausgeübt haben. Von der Beantwortung dieser Frage hängt die Anwendbarkeit der Rechtsbeugungstatbestände ab. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, daß die Gerichtsqualität der DDR-Gerichte teilweise nicht gegeben war und in diesen Fällen kein eigentliches "Justiz"-Unrecht vorgelegen hat. Neben der Frage der Gerichtsqualität wird in der Arbeit ein Überblick über die weiteren rechtlichen Probleme der Rechtsbeugungsverfahren gegeben. Die Dissertation wurde im Jahr 2000 mit dem 1. Promotionspreis der Bibliotheksgesellschaft Freunde der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin e.V. ausgezeichnet.